

Antrag A02: Geschäftsstellen als Kriegsdienst- Verweigerungszentren öffnen – Solidarisch mit der DFG-VK handeln

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen

- 1 1. Alle Gliederungen der Partei Die Linke in Brandenburg werden gebeten,
2 ihre Geschäftsstellen als Kriegsdienst-Verweigerungszentren zu öffnen
3 und gemeinsam mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte
4 KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) sowie weiteren friedenspolitischen
5 Organisationen vor Ort zu kooperieren, um Beratung,
6 Informationsmaterial und Unterstützung für Wehrpflichtige und
7 freiwillig Dienende anzubieten, die den Militärdienst verweigern
8 wollen.
- 9 2. Der Landesvorstand unterstützt diese Initiativen organisatorisch und
10 durch Bereitstellung von juristischen und politischen
11 Informationsmaterialien.
- 12 3. Der Landesverband Brandenburg ruft öffentlich und deutlich zu zivilem
13 Ungehorsam gegen Militarisation und Kriegsbeteiligung auf und
14 unterstützt diesbezügliche Initiativen.
- 15 4. Der Landesvorstand organisiert über die Landesgeschäftsstelle
16 Bildungsangebote für die Kreisverbände, um somit sicherzustellen,
17 dass Kriegsdienstverweigerer adäquat beraten werden können. Diese
18 Bildungsangebote werden online und zeitnah durchgeführt.

Begründung

Die aktuelle sicherheits- und geopolitische Lage in Europa ist von einer zunehmenden Militarisation geprägt. In Deutschland werden wieder Rekrutierungsstrukturen aufgebaut, und eine „Rückkehr der Wehrpflicht“ steht politisch zur Diskussion.

Die Linke in Brandenburg stellt sich dieser Entwicklung entschieden entgegen – im Bewusstsein der historischen Verantwortung, aus der deutschen Vergangenheit heraus niemals wieder an Krieg, Aufrüstung oder militärischer Eskalation mitzuwirken.

Kriegsdienstverweigerung ist ein elementarer Ausdruck individuellen Gewissens und politischer Verantwortung. Sie ist ein Grundrecht, das in Artikel 4 des Grundgesetzes verankert ist. Wer Kriegsdienst verweigert, handelt nicht feige, sondern mutig – im Sinne des Friedensgebots und der Menschlichkeit.

Die Linke muss in dieser Situation praktische und solidarische Unterstützung leisten:

nicht nur durch Appelle, sondern durch konkrete Strukturen.

Indem die Partei ihre Büros als Kriegsdienst-Verweigerungszentren öffnet, schafft sie Schutzräume und Beratungsorte, an denen Menschen Entscheidungshilfe, rechtliche Beratung und politische Rückendeckung finden. Die Zusammenarbeit mit der DFG-VK, einer der ältesten und aktivsten Friedensorganisationen Deutschlands, gewährleistet dabei Fachkompetenz, Erfahrung und Sichtbarkeit innerhalb der bundesweiten Friedensbewegung.

Gerade in Brandenburg, wo Bundeswehr-Werbung an Schulen und Arbeitsagenturen zunimmt, ist es Aufgabe der Linken, jugendpolitisch und friedenspolitisch gegenzusteuern.

Wir stehen an der Seite all jener, die sich dem Zwang zur Militarisierung widersetzen, und verteidigen das Recht auf Gewissensentscheidung gegen staatlichen Druck und Kriegspropaganda.

Die Öffnung unserer Parteibüros als Anlaufstellen für Kriegsdienstverweigerer ist somit ein praktischer Beitrag zu einer aktiven Friedenspolitik von unten – verankert in unseren Gemeinden, getragen von unseren Mitgliedern und verbunden mit der internationalen Solidarität aller, die sich gegen Krieg und Aufrüstung stellen.